Erst als die UCK aktiv wurde, schaute die Welt auf den Kosovo

Die Südosteuropa-Expertin Christine von Kohl im Gespräch mit Helmut L. Müller

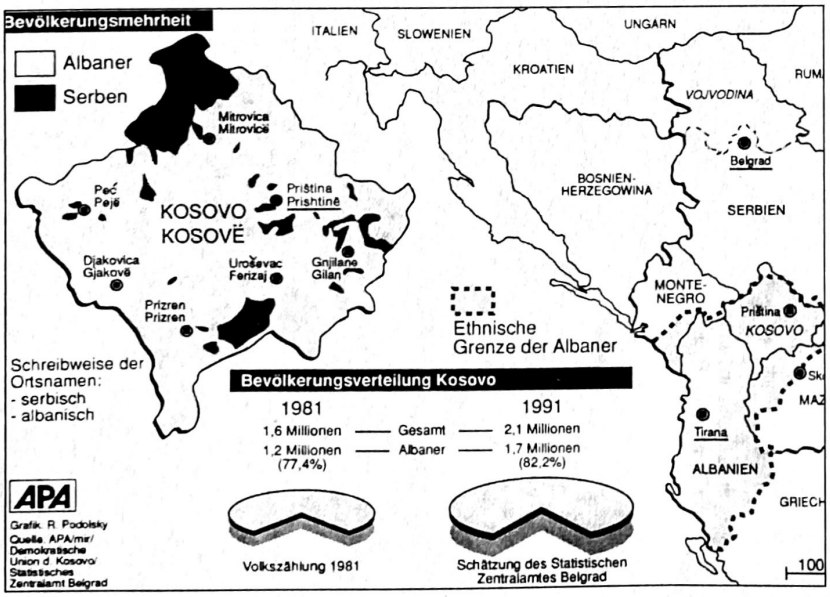
Foto: Friedensbüro

Die Südosteuropa-Expertin Christine von Kohl war Hauptreferentin einer Veranstaltung des Friedensbüros am 16. 4.99. Sie kritisiert die Versäumnisse des Westens hinsichtlich der Unterstützung einer gewaltfreien Bearbeitung des Kosovo-Konfliktes. Nun - nach den Bombardements - glaubt sie, daß ein Zusammenleben zwischen serben und Kosovoalabener nicht mehr denkbar und nur ein internationales Protektorat abhelfen könne. Der beitrag entstammt einem Interview von Helmut L. Müller in den SN v. 4.4.99

Nicht nur Friedfertigkeit, sondern auch enorme Solidarität quer durch alle Schichten hat nach den Worten Christine von Kohls in den 90er Jahren den Widerstand der Kosovo-Albaner gegen die serbische Unterdrükkung ausgezeichnet. Eine „parallele Gesellschaft" aufzubauen, das habe große Energie gekostet. Allerdings hätten in dieser Zeit auch Hunderttausende Menschen den Kosovo verlassen, weil sie einfach keine Perspektive gesehen hätten. Gerade die qualifizierten Kräfte wie Lehrer oder Ärzte seien gegangen und hätten große Lücken hinterlassen.

Frau Kohl beklagt, daß Ibrahim Rugova schon seit einigen Jahren politisch nicht mehr wirklich präsent sei. Der gemäßigte Albaner-Führer habe es versäumt, ein klares politisches Konzept vorzulegen, über das man mit dem Westen hätte verhandeln können. Bei den Kosovo-Albanern sei ein Vakuum an politischer Autorität entstanden. Das habe Spielraum für „radikale Elemente" eröffnet.

Christine von Kohl, die stets für einen Dialog zwischen Albanern und Serben eingetreten war, spürte, wie sich die junge Generation der Kosovo-Albaner extremen Positionen annäherte. Keine Instanz der Albaner habe sich um jene Landsleute gekümmert, die im Westen—„verloren" und „illegal" — im Exil lebten. Europa habe diese Menschen nicht als „Deserteure" akzeptiert, sondern statt dessen massenhafte Abweisungen verfügt und mit Serbien „absolut unmoralische Abkommen" über die Rückführung der Flüchtlinge geschlossen.



„Die Kosovo-Befreiungsarmee war die logische Antwort auf diese Situation. Der Kern der UCK besteht aus Desperados, die in den Kosovo zurückgekommen sind. Das Auftauchen der UCK hat bewirkt, daß die Welt endlich auf den Kosovo schaute und zugleich die serbische Führung demaskiert wurde." Christine von Kohl warnt den Westen vor einem neuen Trugschluß: Die Tatsache, daß sich die UCK als militärischer Machtfaktor zur Sprecherin der Kosovo-Albaner erkläre, bedeute nicht, daß sie es tatsächlich sei. Eine UCK-Regierung entspräche keineswegs dem Willen der Mehrheit unter den Kosovo-Albanern.

Die Balkan-Expertin meint, daß auch die Friedensverhandlungen von Rambouillet „ein falscher Ansatz" gewesen seien. Man sei zu sanft mit der serbischen Seite umgegangen:

„Ein fauler Kompromiß." Für Milosevic sei nicht die Autonomie für die Kosovo-Albaner, sondern die Präsenz einer internationalen Friedenstruppe der springende Punkt gewesen. Vor allem aber habe es der Westen versäumt, klar zwischen dem serbischen Machthaber und dem serbischen Volk zu unterscheiden. Das sei Wasser auf die Mühlen der serbischen Propaganda („antiserbischer Feldzug") gewesen.

„Fragwürdig" fand Christine von Kohl das schnelle Drohen der Nato mit einer militärischen Intervention. Nie hätte die Publizistin daran gedacht, daß die westliche Allianz derart massiv eingreifen würde, wie es dann geschehen sei. Das Bombardement hätte sich vielmehr auf serbische Ziele im Kosovo beschränken sollen, um die serbischen Truppen in der Krisenprovinz zu isolieren. Die verschärften Luftangriffe hätten statt dessen eine Solidarisierung der Serben mit Milosevic bewirkt.

Christine von Kohl hofft, daß der Westen jetzt konsequent bleiben und Bodentruppen hinterherschicken werde. Es gebe keinen „Krieg ohne Risiko". Das Bombardement werde Milosevic in die Enge treiben; der serbische Machthaber werde diesen Krieg verlieren—„nicht heute, nicht morgen, aber übermorgen".

Die Balkan-Expertin befürchtet aber, daß Milosevic vorher noch in der Lage sein werde, die ganze Region zu destabilisieren und damit den Westen zu überrumpeln. Mazedonien sei schon das „nächste Pulverfaß". Wenn Milosevic militärisch besiegt sei, brauche man ihn nicht mehr für die Verhandlungen. Eine „militärische Okkupation" des Kosovos müsse für mindestens fünf Jahre ein „internationales Protektorat" in der Krisenprovinz errichten.

KRANICH